

Erstint  
Montag, Mittwoch,  
Donnerstag und  
Samstag.  
Preis vierteljährlich  
hier mit Trägerlohn  
90  $\mathcal{M}$ . im Bezirk 1  $\mathcal{M}$ .  
außerhalb d. Bezirks  
1  $\mathcal{M}$ . 20.  
Monatsabonnements  
nach Verhältnis.

# Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

73. Jahrgang.

Insertions-Gebühr  
f. d. einpallige Zeile  
aus gewöhnl. Schrift  
oder deren Raum bei  
einmalig. Einrückung  
9  $\mathcal{S}$ . bei mehrmalig.  
je 6  $\mathcal{S}$ .

Gratisbeilagen:  
Das Plaudersüßchen  
und  
Schwab. Landwirt.

Nr. 66.

Nagold, Donnerstag den 28. April

1898.

## Amliches.

### An die Gemeindebehörden und Verwaltungs-Amtuare.

Davon ausgehend, daß es für die Gemeinden von großem Wert ist, wenn denselben zur Ausführung nötiger gemeinnütziger Anlagen, z. B. Schulhaus- und Rathausbauten, Wasserleitungen, Feldwegenanlagen, Anschaffung von Farmen oder landwirtschaftl. Geräten u. s. f. Mittel zur Verfügung stehen, wird den Gemeindebehörden nahegelegt, alljährlich eine bestimmte Summe, etwa 100  $\mathcal{M}$ . in die Gemeindekasse einzustellen, um hievon einen „Reservefonds zur Ausführung von gemeinnützigen Anlagen“ zu sammeln.

Einzelne Gemeinden des Bezirks haben bereits solche Fonds angelegt und die bürgerlichen Kollegien der übrigen Gemeinden des Bezirks werden hiezu aufgefordert, diesem sehr nachahmungswerten Vorgehen zu folgen.

Damit die Gemeindebehörden nun zu dieser Anregung Stellung nehmen, werden dieselben angewiesen, bei der Entwurfung der Gemeindekasse für das neue Etatsjahr über die Anlegung solcher Fonds Beschluß zu fassen und den vorzulegenden Etats einen Protokollauszug über den gefaßten Beschluß beizulegen.

Hierbei wird bemerkt, daß eine Erhöhung der Gemeindefondsumlage wohl nur in wenigen Fällen erforderlich sein dürfte und daß der anzulegende Betrag in der Regel dem Restvermögen entnommen werden kann.

Nagold, den 28. April 1898.

R. Oberamt. Ritter.

## Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des R. Oberamts Pterenberg vom 27. d. M. wird hiezu auch im Bezirk Nagold zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Strafe von Unterjettingen nach Sindlingen wegen Hölzerlegung eines Teils dieser Straße bis auf Weiteres für Fuhrwerke gesperrt ist.

Nagold, den 27. April 1898.

R. Oberamt. Ritter.

Gehorden: Frau Sophie von Tessin, geb. Freiin von Tessin, Altsberg. Mathias Schmid, Gemeinderat, Gailingen.

## Parlamentarischer Rehraus.

† Noch einmal verammelt sich der jetzige Reichstag, da seine Osterferien abgelaufen sind, an diesem Dienstag, um die restierenden Arbeiten der Session zu erledigen: er tritt hiermit überhaupt zum letzten Male zusammen. Ob nun freilich infolge dieses Umstandes eine elegische Stimmung den nachsterlichen Abschnitt der Reichstagssession beherrschen wird, wie man eigentlich meinen sollte, dies muß dahingestellt bleiben. Eher ist wenigstens anzunehmen, daß es in diesem letzten Zusammensein des Reichstages von 1898 noch ziemlich lebhaft zugehen wird, gerade weil in dasselbe die Wellen der Wahlbewegung immer schärfer hineinschlagen werden, gilt es doch jetzt als beinahe feststehend, daß die Neuwahlen zur künftigen deutschen Volksvertretung gegen den 16. Juni hin stattfinden werden. Angesichts der Wahlschlacht dürfen aber die das jetzige Reichsmandat ausübenden Volksvertreter der verschiedenen Parteien gerade das Bedürfnis empfinden, noch einmal mit einander Abrechnung in der parlamentarischen Arena zu halten, noch einmal die rednerischen Klingen über die große und kleine Politik des Reiches zu kreuzen und damit den Wählermassen draußen im Lande ein deutliches Bild zu geben.

Im Uebrigen jedoch wird das noch zu erledigende Arbeitsprogramm des Reichstages an sich kaum mehr Anlaß zu ausgiebiger Behandlung der schwebenden gesetzgeberrischen Fragen bieten, soweit man eben hiermit nicht Stimmungsmacherei für die kommenden Neuwahlen verquicken will. Denn es ist im Ganzen genommen nicht besonders viel mehr zum Aufarbeiten übrig, es giebt da nur noch die dritte Lesung der neuen Militärstrafprozeßordnung, die zweite und dritte Lesung der Vorlagen wegen Abänderung des Postgesetzes und der Konkursordnung, der Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Civil- und Strafprozeßordnung, sowie des vom Centrum beantragten Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Unfittlichkeit, ferner in dritter Lesung die Vorlage über die fortgesetzte Reichsschuldentilgung und endlich der inzwischen eingegangene Nachtragsetat, enthaltend überwiegende Forderungen für Kasoichou, zu erledigen. Das alles aber sind, abgesehen vom letztgenannten Gegenstand, Beratungsstoffe, die im Parlament wie in der Tagesdiskussion schon eine genügend eingehende Besprechung erfahren haben, so daß ihre weitere parlamentarische Behandlung in allerhöchstens drei Wochen völlig abgemacht werden könnte. Voraussetzung ist hierbei allerdings, daß sich die Redner in den noch ausstehenden zweiten und dritten Lesungen der restierenden Vorlagen weise Selbstbeschränkung

aufzulegen, aber ob dies auch geschehen wird, das ist freilich zweifelhaft, weil eben der binnen ungefähr acht Wochen bevorstehende Termin der Neuwahlen die Reichsboten in Versuchung führen dürfte, noch lange Wahlreden sozusagen zum Reichstagsfenster hinauszuhalten. Außerdem wird es wohl wieder mit der Befegung des Hauses nicht zum Besten bestellt sein, so daß es noch abzuwarten bleibt, ob wirklich der Schluß des Reichstages Mitte Mai ermöglicht werden kann.

Was das Schicksal der noch schwebenden Reichstagsvorlagen anbelangt, so werden die letzteren voraussichtlich sämtlich zur Verabschiedung gelangen, nur bei dem Entwurfe der neuen Militärstrafprozeßordnung könnte dies noch einigermaßen zweifelhaft erscheinen, insofern, als die in dieser Reformfrage bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Reichstag selbst am Schlusse der zweiten Lesung noch nicht beseitigt waren. Indessen verlautet neuerdings bestimmt, daß bei der dritten Lesung der Militärstrafprozeßreform noch eine Verständigung zu erwarten sei, während die Spezialfrage des besonderen obersten bayerischen Militärgerichtshofes bis auf Weiteres offen bleiben solle. Jedenfalls würde der Reichstag nicht nur die jetzige arbeitsreiche Session, sondern überhaupt auch seine gesamte laufende Legislaturperiode würdig krönen, wenn es ihm vor seinem Scheiden noch gelänge, die Militärjustizreform zu Stande zu bringen.

## Württembergischer Landtag.

(204. Sitzung.)

Stuttgart, 28. April. Bei dichtbesetzter Tribüne wurde das Ortsvorstehergesetz weiterberaten. Es handelt sich um den Art. 3, welcher die Rückwirkung des Gesetzes bestimmt. Prälat v. Sandberger sprach sich gegen die Rückwirkung aus, da die Benachteiligungen, die dieselbe bringen würde, größer seien als der Vorteil. Eine Ungleichheit würde allerdings eintreten, aber sie würde in keiner Gemeinde als Uebelstand empfunden werden. Minister v. Bischof betont, daß der Regierungsentwurf die wohlverordneten Rechte der Ortsvorsteher in keiner Weise verleihe. Vom juristischen Standpunkt aus, müsse der Fortbezug der Gebühren neben dem Gehalt im Falle einer Nicht-Wiederwahl beanstandet werden. Für den Fortbezug der Gebühren könnten also nur Zweckmäßigkeit und Billigkeitsgründe sprechen; aber auch in diesem Falle müßten die Einzelinteressen vor den Interessen der Gesamtheit zurücktreten. Redner weist darauf hin, daß das Centrum, welches heute für die wohlverordneten Rechte der Ortsvorsteher so warm eintrete, vor einigen Wochen noch für die Entfernung der Privilegierten aus der zweiten Kammer war, denen doch auch wohlverordnete Rechte zur Seite stehen. Herr Gröber habe 1895 gesagt, die Lebenslänglichkeit sei eine Quelle der Unzufriedenheit und jetzt stimme das Centrum für eine 20- bis 30-jährige Beibehaltung dieser Quelle der Unzufriedenheit. Der Entwurf der Regierung sei gewiß mehr im Interesse der Gemeinden und der Allgemeinheit gelegen, als der Vorschlag, die Rückwirkung des Gesetzes auszuschließen. Abg. Rath (V. P.) erwidert, dem Art. 3 zuzustimmen, Abg. Rathgeb (Ctr.) und Prälat v. Schwarzkopf sprechen gegen die Rückwirkung. Abg. Schrempf (Konf.) erwidert in der Ablehnung des Art. 3 nur den Wege um die Freunde und Gegner der Lebenslänglichkeit einander näher zu bringen, und bemerkt, die Ortsvorsteher würden milder behandelt werden, wenn sie sich der Volkspartei dienstbarer erwiesen hätten. (Anruhe bei der Volkspartei.) Abg. Hartmann-Freundstadt (V. P.) bedauert, daß in dem vorliegenden Gesetz eine solche radikale Rückwirkung vorgeschlagen sei. Die Ortsvorsteher stützten sich auf das Rechtsbewußtsein und auf das Rechtsgemäß des Volkes und wollten sich nicht mit Gewalt von ihren Gemeinden trennen lassen. Abg. Gröber (Ctr.) bestreitet dem Minister gegenüber, daß er seine Stellungnahme in dieser Frage seit 1895 geändert habe. Dafür könne der Minister nicht den Schatten eines Beweises erbringen. Von verschiedenen Seiten sei behauptet worden, der Staat habe das Recht, Gesetze zu ändern. Der Staat sei aber keineswegs allmächtig und seine Macht reiche nur soweit wie seine Bajonette. Der Fortbezug des Gehalts und der Gebühren sei ein wohlverordnetes unantastbares Recht der Ortsvorsteher. Redner verwahrt sich gegen den Vorwurf der Mentalreservation, und der heutige Standpunkt des Centrum bez. der Rückwirkung sei derselbe wie im Jahre 1895. Redner appelliert an die Volkspartei, sich der Mehrheit anzuschließen und ein politisches Prinzip nicht bis in die äußersten Konsequenzen zu verfolgen. Hier wird die Debatte abgebrochen. Nächste Sitzung: Morgen 9 Uhr.

(205. Sitzung.)

Stuttgart, 27. April. Tagesordnung: Die Beratung des Art. 3 des Ortsvorstehergesetzes wird fortgesetzt. Minister v. Bischof kommt auf die gestrigen Ausführungen

des Abgeordneten Gröber zurück und weist aus dem 1895 in der in Frage stehenden Angelegenheit klar gefaßten Entschluß nach, daß das Centrum damals für die Rückwirkung des Gesetzes gewesen sei. Wenn es damals seine Stellungnahme absichtlich schlecht zum Ausdruck gebracht habe, so könne man mit Recht von einer Mental-Reservation sprechen. Hartmann (V. P.) spricht für die Rückwirkung des Gesetzes und gegen den Einbezug der Gebühren in den pensionsberechtigten Gehalt. Zum Mindesten möchte er das hohe Haus bitten, für den Regierungsentwurf zu stimmen. Abg. Stockmayer befürchtet von der Ausschließung der Rückwirkung eine größere Erbitterung und Verschärfung der zukünftigen Wahlkämpfe. Er glaubt, daß sich bei gutem Willen ein für jede Partei gangbarer Weg finden lasse. Abg. Nieme (Ctr.): das Centrum habe im Jahre 1895 an die Genehmigung der Rückwirkung die Bedingung geknüpft, daß in der Entschädigung für die abgehenden Ortsvorsteher die Gebühren einzuziehen seien. Diese Bedingung erfülle der Regierungsentwurf nicht, und darum sei das Centrum an seine Zusage nicht gebunden. Man möge das Gesetz in einer Form annehmen, welche im Interesse der Gemeinden, der Steuerzahler und auch der Ortsvorsteher gelegen sei, und die Rückwirkung ablehnen. Kloss (Soz.) erklärt sich für die Rückwirkung, eventuell will er den Antrag Hausmann, der den Bauernschultheißen einen geringeren Gehalt als den Berufsschultheißen geben will, und wenn dieser abgelehnt, dem Reg.-Entwurf zustimmen. R. Hausmann: Es habe sich eine Lebenslänglichkeits-Partei gebildet, das Centrum wolle keinen Weg finden, der gangbar sei. Redner wendet sich dann den Äußerungen der Abgeord. Hartmann (Freundstadt) und Schrempf zu, welche letzterem er erwidert, daß er mit Hilfe der Ortsvorsteher gewählt worden sei und zudem solcher, welche sich später als ganz und gar untauglich erwiesen hätten. Redner bespricht dann die gestrigen Ausführungen des Abg. Gröber und stellt dieselben nach mehreren Seiten hin richtig. Besonders weist er darauf hin, daß der Abg. Gröber im Reichstag bei Beratung des bürgerl. Gesetzbuches „wohlverordneten Rechte“ die er heute so warm vertrete, preis gegeben habe. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärt er, daß die Volkspartei dem Gesetze zustimmen werde, auch wenn Art. 3 ausgedrochen werde. Abg. Henning begründet einen von ihm und den Abg. Stockmayer eingebrachten Antrag, welcher besagt, daß das Gesetz auf diejenigen Ortsvorsteher keine Anwendung finden soll, welche, bis zum 1. Febr. 1895 gewählt worden sind. Frh. v. Seckendorff und Min. v. Bischof bitten den Antrag, welcher keine rechtlichen Gründe für sich habe, abzulehnen. Schmid Vestheim (V. P.) spricht für die Rückwirkung und warnt davor, ein herbes Gesetz zu machen. Abg. Gröber wendet sich gegen die Ausführungen Hausmanns und sucht seine Abstimmung bei Annahme des bürgerl. Gesetzbuches zu rechtfertigen. Redner bittet dem Kommiss.-Antrag zuzustimmen. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Schrempf, Gröber, Hausmann (Walingen) erfolgt die Abstimmung. Der Antrag Hausmann, den Berufsschultheißen den vollen, den übrigen den halben Gehalt zu bezahlen wird mit 51 gegen 30 St. (Volkspartei und Abg. Kloss) abgelehnt. Ein Antrag Hahnle auf Wiederherstellung des Reg. Entwurfes wird mit 51 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Der Antrag von Seckendorff, dem Art. 1. als Abs. 2 die Bestimmung hinzuzufügen, daß das Gesetz auf die im Amt befindlichen Ortsvorsteher keine Anwendung findet wird mit 51 gegen 31 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung: Morgen Vorm. 9 Uhr.

## Tages-Neuigkeiten.

### Deutsches Reich.

VII. Reichstagswahlkreis. Nach dem „N. Tagbl.“ hat Prof. Dr. Dieder das Mandat angenommen.

Nagold, 27. April. (Eingef.) Wenn man die Entwicklung der hiesigen Stadt in den letzten 20 Jahren beobachtet, so darf man wohl mit Recht sagen, daß nicht allein das äußerliche derselben gewonnen hat; auch im Innern zeigen sich in der Verwaltung und im Geschäftsleben Fortschritte. Neue, dem Fortschritte angepasste Einrichtungen wurden getroffen, und neue, bedeutende Geschäfte haben sich aufgethan, manche ihren Betrieb wesentlich vergrößert. Demgegenüber darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß bei manchen Zweigen ein Rückgang zu verzeichnen ist, denn auch vor dem hiesigen Platz machen gewisse Verhältnisse und Strömungen nicht halt. — Da erfahrungsgemäß in den Industriebezirken der Wohlstand sich hebt, so ist dort Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst gegeben ist, womit durch alle Geschäftszweige hindurch ein rascherer Geldumsatz geschaffen wird, so war man auch bestrebt, der hiesigen Stadt größere Geschäftsbetriebe zuzuführen. Bereits vor 2 Jahren hat sich eine Zweigniederlassung der Goldfabrik der Herren Knoll u. Breigler von Pforzheim aufgethan, welche eine Anzahl Leute be-

häftigt, und neuerdings hat Herr Fr. Speidel von Pforzheim eine Kettenfabrik eröffnet, in der 50 Personen Beschäftigung finden können. Obgleich die Aufnahmebedingungen günstig sind, hält die Leute noch eine gewisse Scheu zurück, sie flohen sich daran, Fabrikarbeiter zu sein und doch sehen gerade diese Arbeiter die gesicherte Zukunft vor sich, der kleine Handwerksmann, der von Hause aus nicht kapitalkräftig ist, hat immer neue Sorgen und zu kämpfen, damit er sich durchbringt und der, wenn das Jahr herum ist, älter aber nicht vorwärts gekommen ist, anders bei dem gut bezahlten Fabrikarbeiter, dieser kann sich etwas auf die Seite bringen, er kann sich hinaufarbeiten und es zu gut bezahlten Aufseher- oder Werkführerstellen bringen. Mancher sagt nun, ja ich will auch selbständig werden, ich will nicht ewig Arbeiter sein, das wäre allerdings schon recht, aber doch ist es gerade der kleine Handwerker, der sich am meisten, sei es von den größeren Meistern, für die er arbeitet, oder sei es von den Kunden, die ihm oft nur aus Mitleid etwas zukommen lassen, gefallen lassen muß, wogegen der Arbeiter in größeren Betrieben viel Selbständigkeit und insbesondere auch Fürsorge genießt. Es sei hier nur daran erinnert, daß die Arbeiter vermöge der Disziplin unter sich schon sehr viel erreicht haben und daß ihnen das Institut der Fabrikinspektionen besonders zu statten kommt. Nicht zum Mindesten sind für die Arbeiter die vielen Wohlfahrts-einrichtungen und die Versicherungsgesetze von großem Vorteil, mancher Kleinhandwerker hätte angesichts dieser Thatsachen schon mit einem Arbeiter getauscht. — So befindet sich die Kettenfabrik in einem prachtvollen hohen und hellen Saal und bietet Arbeitsgelegenheit genug für Knaben und Mädchen, beide erhalten sofort Lohn, der von halb zu halb Jahr steigt und nach beendigter Lehrzeit eine solche Höhe erreicht, daß er dem Fixum manches niederen Staats- und Gemeindebediensteten gleicht. Wenn die Arbeiter über 16 Jahre alt sind, können sie nebenher ein schönes Geld durch Arbeiten in Ueberstunden verdienen, und Mädchen können nachdem sie 3 Jahre im Geschäft waren auch zu Hause arbeiten und so nebenher die Haushaltungsgeschäfte besorgen. — Es wäre gewiß für manchen Vater des Versuches wert, sich die Sache anzusehen und nach genommener Einsichtnahme und erhaltener Belehrung seine Entscheidung zu treffen, manche einsame Person, die vielleicht ihr einziges Kind nicht weit weg von sich haben will, kann es hier unterbringen und darf die Freude erleben, daß ihm sofort Verdienst ins Haus gebracht wird. Den Gemeinden bezw. Armenbehörden aber, welche so oft wegen Bezahlung von Lehrgeld angegangen werden, ist dieses Geschäft besonders zu empfehlen, da hier kein Lehrgeld verlangt, sondern mit dem ersten Tag Lohn verabreicht wird.

—t. Ebhausen, 26. April. Am letzten Samstag wurde unter Leitung von H. Seminaroberlehrer Röhle von Nagold hier eine Sonderkonferenz mit den jüngeren Lehrern des Bezirks abgehalten. Den Hauptgegenstand bildete die Besprechung der von dem Konferenzleiter aufgestellten Leitsätze über das von den Lehrern ausgearbeitete Aufsatzthema: „Was versteht man unter Apperzeption? u. welche Bedeutung hat sie für den Unterricht?“ Hieraus folgte ein Referat mit Erläuterung und Lösung der den Lehrern gegebenen algebraischen Aufgaben. Die Beurteilung der Freihandzeichnungen und technischen Lösungen der Sonderkonferenzpflichtigen Lehrer lag H. Schullehrer Arnold hier ob, während H. Oberlehrer Pegele von Nagold die Orgelproben zu prüfen hatte. Bei dem gemeinschaftlichen Essen im Gasth. „Waldhorn“ trugen Gesangs- u. Klavier-vorträge wesentlich zur angenehmen geselligen Unterhaltung bei.

—t. Spielberg, 25. April. Die erste Vollversammlung des Schwarzwaldbiennenzüchtervereins Altensteig fand gestern hier im Gasth. „Röhle“ statt unter Leitung des Vorstandes H. Schullehrer Brendle von Altensteig. Nach der Mitteilung des Rechnungsabchlusses ergab sich eine Mehreinnahme gegenüber den Ausgaben um 30 M. Die Zahl der Mitglieder ging von 102 auf 84 zurück, was seinen Grund in den geringen Erfolgen haben mag, welche in den letzten Jahren die Imker in hiesiger Gegend zu verzeichnen hatten. Als Hauptgegenstand der Verhandlung stand ein Vortrag von H. Schullehrer Lude von Wörnersberg über „Auswintierung der Biennestöcke und Behandlung schwacher Völker“ auf der Tagesordnung. Der praktische Vortrag fand allgemein Beifall, da er manches Belehrende bot. — In Bezug auf den gegenwärtigen Stand der Biennestöcke im hintern Bezirk wurde mitgeteilt, daß in den Orten auf der Höhe die Völker alle sehr gesund und kräftig durch den Winter gekommen seien. Nur in Altensteig sind auf mehreren Bienneständen, deren Lage allem nach eine ungünstige ist, manche Völker (von 100 etwa 20) infolge der Ruhefrankheit zu Grunde gegangen. — Zur Verbreitung von gut honigenden Pflanzeln in hiesiger Gegend werden geeignete Sämereien an die Anwesenden verteilt. Der Verein kaufte dieses Frühjahr eine größere Anzahl von jungen Bienen, die er zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder zum Schen abgab. Mit dem Wunsche, der heutige Sommer möge eine gute Biennetracht liefern, schloß der Vorsitzende die zahlreich besuchte Versammlung.

—t. Vom hintern Wald, 25. April. In manchen Gemeinden des Landes ist in den letzten Jahren das Schulgeld abgesehrt worden. Die Gemeinde Ettmannsweiler begab sich ebenfalls auf das Fahrwasser dieser zeitgemäßen Strömung auf dem Gebiete der Schulverwaltung und hat den Vätern der Schüler das Schulgeld erlassen. Der von den bürgerlichen Kollegien einstimmig gefaßte Beschluß wirkt zurück bis 1. April 1897. Mögen dem Beispiel von Ettmannsweiler auch andere Gemeinden des Bezirks nachfolgen.

Stuttgart, 24. April. Der König hat dem ersten Staatsanwalt bei dem Oberlandesgericht den Titel „Generalstaatsanwalt“ und den ersten Staatsanwälten bei den Land-

gerichten den Titel „Oberstaatsanwalt“ verliehen, auch für den Generalstaatsanwalt den Rang auf der vierten Stufe der Rangordnung, für die Oberstaatsanwälte, welche vermöge ihrer etatsmäßigen Stelle mit den Ministerialräten, Oberlandesgerichtsräten und Landgerichtsdirektoren roulieren, den Rang auf der fünften Stufe der Rangordnung und für die Oberstaatsanwälte, soweit sie nicht in der fünften Rangstufe eingereiht sind, den Rang auf der sechsten Stufe der Rangordnung festgestellt. Die Staatsanwaltschaft am Oberlandesgericht hat künftighin statt: „R. Oberstaatsanwaltschaft“ die Amtsbezeichnung: „R. Oberstaatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht“ und die Staatsanwaltschaft an den Landgerichten wie bisher die Amtsbezeichnung „R. Staatsanwaltschaft . . . .“ zu führen.

Stuttgart, 26. April. Die Mutter des Erbprinzen Bräutigam zu Wied mit ihren beiden Töchtern wird Ende der Woche auf der Rückkehr von Italien am hiesigen Hofe zum Besuch erwartet.

Wasserrechtsgesetz. Der nicht weniger als 148 Quartseiten umfassende Bericht der Kommission der Kammer der Abgeordneten über den Gesetzentwurf, betreffend die Benützung der öffentlichen Gewässer, welcher von den drei Berichterstattern Nieder, Dr. Riens und v. Gey ausgefertigt wurde, ist gestern zur Verteilung gelangt. Die Zwecke des Entwurfes sind die Ausnützung der Wasserschäfte des Landes in ihrer reinigenden, treibenden und besuchenden Kraft für die Gesamtheit, die Beseitigung der Schwierigkeiten und rechtlichen Hindernisse, welche einer solchen Benützung für die Allgemeinheit sich entgegenstellen, die Durchführung des Grundgesetzes, daß bei einer Kollision von Unternehmungen und bei Erteilung von Zwangsbefugnissen das für die Gesamtheit wertvollere Unternehmen den Vorrang verdient vor den weniger wertvollen, und endlich die Durchführung des Grundgesetzes, daß die bestehenden Rechte sachlich soweit als thunlich gesichert werden sollen. Das früher in Württemberg bestehende Wasserregal wird durch den Entwurf aufgehoben; nicht berührt werden durch ihn die Spezialgesetze über Fischerei, Schiffahrt und Filderei, und ein Flußbaugesetz, in welchem der Fluß- und Uferbau, sowie der Hochwassererschutz geregelt wird, ist den Ständen als besonderer Entwurf zugegangen. Dem vorliegenden Gesetzentwurf ist die Anerkennung nicht zu verweigern, daß er auf den richtigen Fundamentalsätzen für eine geordnete Wasserwirtschaft aufgebaut ist, und daß er auch den modernen Rechtsanschauungen in Beziehung auf die Benützung der öffentlichen Gewässer sich anpaßt. Die Kommission hat an den Entwurf eine Reihe von Abänderungen vorgenommen und u. a. auch einige neue Artikel eingefügt, die sich auf die Beibehaltung der Kreisregierungen als Wasserbehörden und deren Zusammenlegung beziehen, worüber wir kürzlich erst gelegentlich der Kommissionsberatungen die näheren Mitteilungen gemacht haben. Auf jeden Fall ist gezielte Aussicht vorhanden, daß im Abgeordnetenhaus über alle Hauptpunkte des Entwurfes eine Verständigung erzielt und so das Zustandekommen des allseitig gewünschten Wasserbenützungsgesetzes gelingen wird. Seitens der Petitionskommission liegen verschiedene Anträge über persönliche Eingaben vor.

Ul m, 24. April. Bei einer Befichtigung des 6. Inf.-Rgt. 120 machte der kommand. General v. Lindquist nach einer Besichtigung der vortrefflichen Haltung des Regiments die Mitteilung von einem Garnisonwechsel. Das Regiment 124 wird diesen Herbst nach den Mandauern mit dem Inf.-Rgt. 120 in Weingarten die Garnison vertauschen. Dieser unerwartete Wechsel bildet natürlich jetzt den Gesprächsstoff in der ganzen Stadt. Da bei dem hier so sehr beliebten Regiment 124 eine größere Anzahl verheirateter Offiziere vorhanden ist, als bei dem Weingartener Regiment, so wird sich der Garnisonwechsel auch bei den Besitzern größerer Wohnungen in unangenehmer Weise fühlbar machen. Die Mitteilung von dem Garnisonwechsel wurde auch schon in Weingarten bekannt gegeben.

Zettwang, 26. April. Im Gesellenstube referierte vorgestern der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Rembold aus Ravensburg über die Flottenfrage und warum das Zentrum für dieselbe gestimmt habe. In 3 Punkten führte er aus: 1) Die Kommission wurde vom Staatssekretär Tirpitz derart überzeugt, daß man seinen Forderungen nicht widerstehen konnte, 2) im Interesse des Küstenschutzes und der heimischen Seehafenplätze, 3) im Interesse des überseeischen Handels und der Missionen. Dem Vortragenden wurde reicher Beifall gezollt und die (übrigens nicht große Zahl) der Anwesenden sprach ihre Zustimmung zum Beschlusse der Zentrumsfraktion aus.

Konstanz, 27. April. Das Offizierskasino hier selbst ist in vergangener Nacht abgebrannt. Das Gebäude wurde total zerstört.

Strasbourg, 26. April. Heute Nachmittag fand beim 19. Pionierbataillon eine Uebung vor dem Chef des Ingenieur- und Pionierkorps und Generalinspektor der Festungen, General der Infanterie Vogel von Falkenstein statt, bei der es sich um Versuche der beschleunigten Herstellung einer Ueberbrückung des Umleitungskanals beim Rehter Thor handelte. Hierbei geriet der mittlere Teil der bereits fertigen Brücke ins Schwanken und es fielen etwa 20 Pioniere in das tiefe Wasser. Sofort sprangen sechs Offiziere, darunter ein Major, und eine Anzahl Unteroffiziere und Mannschaften den Verunglückten nach und es gelang auch, zum Teil seitens der Rettenden mit eigener Lebensgefahr, sämtliche ins Wasser gestürzten Soldaten dem nassen Elemente zu entreißen. Der Todesmut und die Aufopferung der tapferen Retter verdienen höchste Anerkennung.

Rürnberg, 25. April. Vor einigen Tagen hielt auf Veranlassung des evangelischen Bundes, der frühere Jesuit Graf Pöndörbich dahier einen Vortrag, der bei den ungemein

zahlreich erschienenen Zuhörern einen großen Beifall fand. Obwohl nun der Redner, der sich über die „Gefahren des Ultramontanismus“ verbreitete, nach Aussage vieler Zuhörer sich aller Hezereien enthielt, hat in gewissen hiesigen Kreisen die Rede sehr verstimmt, und es wurde für die nächsten Tage eine Versammlung einberufen, in welcher ein Kapitän die Behauptungen des Grafen widerlegen will.

Dresden, 25. April. Der Trinkspruch des Kaisers Franz Joseph bei dem Galabiner am 23. hatte folgenden Wortlaut: Ich schähe mich glücklich, an der heutigen Feier eines doppelten Festes teilnehmen zu können, welches weit über diese erlauchten und hochansehnlichen Kreise hinaus unzählige Herzen mit gleichen Gefühlen und mit gleich heißen Segenswünschen für den allverehrten Jubilar erfüllt. Was zu wiederholten Malen erhabensten Ortes in glänzender Weise hervorgehoben, was anlässlich der beiden hochbedeutenden Gedenkstage an Jubilationen und Beweisen von Liebe, Treue, Anhänglichkeit und dankbarster Ergebenheit zum Ausdruck gebracht worden ist, gestattet sich nunmehr der mit dem guten, teuren Freunde durch vielfache Bande engverbundene Altersgenosse in unserer aller Herzen Wunsch zusammenzufassen: Möge der Allmächtige dem gefeierten Monarchen sein bisher glückliches, begnadetes Regentenleben in erneuter Kraft erhalten und durch alle Wechselfälle hindurch führen zu weiteren geeigneten Jubeltagen. S. Majestät Albert, König von Sachsen, lebe hoch! hoch! hoch! — König Albert erwiderte folgendes: Indem ich Ew. Majestät meinen tief gefühlten Dank sage für die Gnade und freundlichen Worte, welche Sie mir bei Gelegenheit unseres Festes auszusprechen die Gnade hatten, schließe ich zugleich auch den Dank ein für alle, welche an diesen Tagen zu uns gekommen sind und teilgenommen haben an der Freude, die in meinem Hause geherrscht hat, vor allen Dingen auch den Dank für E. Maj. den deutschen Kaiser, den, bei allem was uns angeht, bei traurigen, ernsten und freudigen Anlässen, wir die Freude haben, bei uns zu sehen! Ich trinke noch einmal auf das Wohl Ew. Majestät und Aller, die hier erschienen sind, Fürsichtlichen und Gesandten. Ich fasse diese Gedanken zusammen, indem ich mein Glas leere auf meine Gäste. Sie leben hoch! hoch! hoch!

Braunschweig, 26. April. Im Prozeß Seidel beantragte der Staatsanwalt, den Direktor Dr. Paul Seidel zu 300 M. Geldstrafe für jeden Fall, insgesamt 900 M., den Schriftsteller Heinrich Seidel zu 150 M. Geldstrafe zu verurteilen.

Berlin, 26. April. Zur Affäre Grünenthal meldet heute das „Kleine Journal“: Die Reichsdruckerei hat festgestellt, daß die Nummern auf den ihr übergebenen Scheinen kleine Abweichungen vom Original zeigen. Grünenthal hat zugegeben, die Nummern selber ausgedruckt zu haben, nur sei dies nicht mittelst der vorgeordneten Handpresse geschehen, sondern mittelst eines Gummistempels, welchen er vernichtet habe.

Berlin, 26. April. Der „Post“ zufolge wird eine Neutralerklärung von Seiten Deutschlands angesichts des spanisch-amerikanischen Krieges nicht erlassen werden, und zwar weil sich Deutschland durch irgend eine Form die Hände nicht binden lassen will.

Berlin, 26. April. Die deutsch-chinesische Gesellschaft ist nunmehr ins Leben getreten. Zahlreiche hervorragende Mitglieder der hohen Aristokratie haben sich an der Bildung dieser Gesellschaft beteiligt. In den leitenden Ausschuss wurden gewählt: das Mitglied des Herrenhauses, Reichstagsabgeordneter Graf Dönhoff-Friedrichstein, der chinesische General v. Pannetier, der Präsident Gentig-Donaueschingen, General-Bevollmächtigter der fürstlich Fürstbergischen Güter, Graf Ziel-Winkler, der bekannte Groß-Grundbesitzer und Groß-Industrielle in Oberschlesien und Andere.

Berlin, 26. April. Gegenüber dem „Local-Anzeiger“ stellt die „Nordd. Allg. Ztg.“ fest: Das Verfahren beim Verkauf von Schnelldampfern der Hamburg-Amerika-Linie hat an maßgebender Stelle nicht nur kein Befremden erregt, sondern ist durchaus gebilligt worden.

Berlin, 27. April. Der König von Sachsen hat dem hiesigen französischen Botschafter, welcher ihm die Glückwünsche der französischen Republik überbrachte, das Großkreuz des Albrechtdens verliehen.

Berlin, 27. April. Wie aus Kiel gemeldet wird, sind für den Hafen von Kiautschou auf der Kaiserlichen Werft 3 große Dampfschiffe gebaut worden, welche ansangs Mai hinaus gesandt werden.

Prof. Hermann Grimm in Berlin richtet an die Nat.-Z. eine Zuschrift über den Grund, weshalb er Zuhörerinnen bei seinen Vorlesungen an der Berliner Universität nicht mehr zulasse. „Der Grund ist rein persönlicher Natur. In den nun 26 Jahren meines Professorats hat sich bei mir eine bestimmte Art ausgebildet, die Dinge vorzutragen. Als auch Damen im Hörsaal erschienen, genierte mich deren Anwesenheit. Ich mußte, was ich zu sagen hatte, oft anders fassen und konnte nicht wie früher frei und unbefangenen sprechen. Wäre ich jünger, so würde ich mich den veränderten Umständen zu fügen haben, in dem hohen Alter aber, in dem ich stehe, würde mir diese Umstimmung Mühe machen. Da ich nicht amtlich verpflichtet bin, vor Zuhörerinnen zu lesen, so will ich mir für die 2 oder 3 Semester, die ich überhaupt noch lesen werde, nicht den Zwang auferlegen, ohne den es hier nicht abgehen würde. Wie hilfreich ich studierenden jungen Mädchen gegenüber übrigens bin, dürfte allen denen bekannt sein, die sich in Sachen ernsthafter wissenschaftlicher Arbeit an mich gewandt haben.“

Bremen, 26. April. Norddeutscher Lloyd. Der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Spanien wird auf unseren regelmäßigen Verkehr keinen Einfluß ausüben. Die Fahrten werden laut Segelliste innegehalten. Eine Gefahr für Schiff, Passagiere,

Gepäck und Ladung liegt nach den von den Kriegsführenden Parteien abgegebenen Erklärungen nicht vor.

Riel, 25. April. Der Abfuhrtransport für Ostasien ging unter Führung des Korvettenkapitäns Rinke von Wilhelmshafen ab. Güter müssen bis 2. Mai morgens ladefertig sein. Damit alle Kajütenpassagiere auf der „Darmstadt“ befördert werden können, so reist ein Teil der Offiziere am 18. Mai mit dem Dampfer „Bayern“ von Bremerhaven ab.

Der tatsächliche Ausbruch der spanisch-amerikanischen Feindseligkeiten hat für Europa eine Lage geschaffen, in welcher ihm zunächst keine andere Wahl bleibt, als sich auf die Rolle des unparteiischen, wenn auch nicht uninteressierten Zuschauers zu beschränken. Uninteressiert schon um deswillen nicht, weil Handel und Wandel durch die kriegerischen Vorgänge in unliebsame Mitleidenschaft gezogen worden sind. Der unferne Zustand der amerikanischen Rüstungen läßt den Eintritt wichtiger Ereignisse, auf dem kubanischen Aktionschauplatz wenigstens, sobald noch nicht gewärtigen, das überwiegende Interesse der öffentlichen Meinung wird vielmehr zunächst durch die Frage in Anspruch genommen, wie sich die Dinge auf dem maritimen Kriegstheater gestalten werden. Im allgemeinen überwiegt die Meinung, hier den Spaniern vorerst das Uebergewicht zuzugestehen, und gilt es deshalb auch nicht als besonders wahrscheinlich, daß Spanien es mit der Erklärung seines Beitritts zu der Pariser Konvention von 1856 sehr eilig haben werde, da die Schädigung des amerikanischen Seehandels im Weg der Kaperei einen Haupttrumpf in der Karte des spanischen Feldzugs bildet. Die bisher von beiden Seiten signalisierten Beschlagnahmen gegnerischer Kaufschiffe sind übrigens nicht von Kaperei, sondern von regulären Kriegsfahrzeugen bewerkstelligt worden und haben bereits eine hochgradig lähmende Wirkung auf den atlantischen Verkehr hervorgebracht.

#### Ausland.

Prag, 25. April. Eine 100köpfige Rotte, geschmückt mit der slavischen Tricolore und der nationalen Kappe durchzog gestern Nachmittag die Stadt. Auf das neue Schlaraffengebäude, welches im Dezember erst demoliert worden war, begann ein Steinbombardement, so daß die in der Restaurierung befindlichen Mittagsgäste in großer Panik sich flüchten mußten. Sämtliche Fenster wurden zertrümmert und mußten zum Schutz des Publikums mit Brettern vernagelt werden. Die Polizei erschien erst nach dem Bombardement, verjagte den Rest der Bande und nahm das Schlaraffengebäude in polizeilichen Schutz.

Rom, 26. April. Crispi, welcher gestern Abend hier eingetroffen ist, erklärte gegenüber einem Journalisten: Der spanisch-amerikanische Krieg bedeute den völligen Zusammenbruch Spaniens, welches seine trostlose Lage der Priesterherrschaft zu verdanken habe. Amerikas Sieg sei zweifellos, was eine große Gefahr darstelle, da dadurch der jingosifische Länderhunger nur noch größer würde. Europa hätte den Krieg verhindern sollen. Aber das „europäische Konzept“ sei nichts als eine wichtige Farce, welche die Völker endlich aufzupfeisen sollten.

Rom, 27. April. Diplomatische und Konsularberichte aus Madrid und den spanischen Kolonien stellen die Lage für die spanische Flotte als sehr ernst dar. Es fehlt an Kohlenvorräten in Cádiz und auf Cuba. Wenn es nicht gelingt, diese Uebelstände bald zu beheben, wird die span. Flotte binnen Monatsfrist nicht kampffähig sein.

Der Papst und der Krieg. Ein hoher Prälat, der die Freundschaft des Papstes genießt, teilt einem Berichterstatter des Daily Chronicle mit: „Dieser Krieg ist ein großes Unglück für die Völkung und für die Kirche. Im Vatikan ist man geteilter Meinung und es hält schwer zu sagen, ob er mehr spanisch oder mehr amerikanisch gesinnt ist. Der Papst hat stets eine besondere Vorliebe für die Monarchie des Königs Alfonso bezeugt. Ihr Dasein ist zum großen Teile sein Werk. Zwischen dem Hofe von Madrid und dem Vatikan bestehen fast familiäre Beziehungen. Der Papst ist Vater des Königs Alfonso und sendet ihm häufig Briefe und Geschenke. Kardinal Rampolla, der 10 Jahre Nuntius in Madrid war, hegt ebenso starke spanische Sympathien. Andererseits ist aber der amerikanische Einfluß nicht weniger mächtig. Der Papst hält die amerikanischen Katholiken für die Elite seiner Herde. Die Peterspfennige gehen gegenwärtig zum großen Teil von Amerikanern ein. Der Papst hatte die besten Beziehungen zu den Präsidenten Cleveland und Harrison unterhalten und veräußerte niemals eine Gelegenheit, seine Sympathien mit der politischen, religiösen und sozialen Lage der amerikanischen Republik zu bezeugen. Die amerikanischen Bischöfe, besonders Msgr. Ireland von St. Paul und Kardinal Gibbons von Baltimore, haben einen entscheidenden Einfluß auf die Politik Leo XIII. ausgeübt und die demokratische Richtung seiner Diplomatie bestimmt. Man wird also einsehen, wie sehr der Krieg zwischen den beiden Nationen, die beide die Sympathie des Papstes besitzen, den Papst quält.“

Madrid, 27. April. Die Konsule in Havanna baten ihre Schutzgenossen, die Stadt zu verlassen; es wird also ihre baldige Beschießung erwartet. Die Deutschen beobachten indes, lt. „Hb. B.“, auszuhalten.

Madrid, 27. April. General Blanco deponierte gestern eine aus 5 Schiffen bestehende Division, die sich gestern abend Marianao genähert. Das spanische Kanonenboot „Sigeria“ habe amerikanische Transportbootschiffe, welche versuchten, sich dem Hafen Cardena zu nähern, zum Rückzug gezwungen.

London, 27. April. „Daily Mail“ berichtet aus Wien, Kaiser Franz Josef habe 150000 Gulden zur Unterstützung der spanischen Flotte gespendet.

New-York, 26. April. Ein in England angekommenes Passagierschiff macht bekannt, daß es am Sonntag einem spanischen Kriegsschiff, den Raddampfer „Don Carlos“ begegnet, ohne jedoch von demselben belästigt zu werden.

Washington, 26. April. Mac Kinley hat den gestrigen Beschluß des Kongresses unterzeichnet, wodurch der Krieg an Spanien offiziell erklärt ist. (Der Kriegszustand besteht hiernach seit dem 21. April.)

Washington, 26. April. In Illinois stellten sich 30,000 und in Nebraska 10,000 Freiwillige der Regierung zur Verfügung. In Sankt Paul verweigerten mehrere Offiziere die Ausfahrt, bis die Regierung ihnen höheres Gehalt zugestimmt habe.

Washington, 26. April. Mac Kinley unterzeichnete den Gesetzesentwurf betr. die Organisation der Armee. — Der Senat hat die Ernennung Dags zum Staatssekretär genehmigt. — Eine Proklamation Mac Kinleys gewährt den in den amerikanischen Gewässern befindlichen spanischen Schiffen bis zum 21. Mai Frist zur Einnahme der Ladung und Abreise. Auf See befindliche Schiffe können ihre Reise fortsetzen, wenn sie vor dem 21. April in amerikan. Häfen ihre Ladung eingenommen haben. Schiffe, die in amerikan. Häfen ankommen, unterliegen der Beschlagnahme nicht, wenn sie vor dem 21. April ihre Reise angetreten haben. In der Proklamation wird erklärt, das Recht der Untersuchung von Schiffen werde unter strenger Beobachtung der Neutralität gehandhabt werden. Postschiffe würden nur im Falle dringenden Verdachtes belästigt werden. In der Begründung der Proklamation wird der Wunsch ausgedrückt, daß der Krieg gemäß dem jetzt in Kraft stehenden Völkerrecht geführt werde.

Washington, 26. April. General Wade hat das Kommando der Truppen in Tampa übernommen. Er gab Befehl, die Armee in zwei Brigaden zu teilen. Alle pensionierten Offiziere, die noch dienstfähig sind, erhielten den Befehl, sich zu stellen.

Washington, 27. April. In der letzten Senatssitzung rief die Erklärung des Senators Butler große Sensation hervor, wonach die Panzerplatten der meisten amerikanischen Kriegsschiffe mangelhaft seien. Mehrere Senatoren sprangen erregt auf und riefen, daß dieser Anklagen im gegenwärtigen Augenblick Hochverrat seien. Senator Butler erwiderte, die wahren Verräter seien nicht diejenigen, welche Betrügereien bei der nationalen Wehrkraft ausdeckten, sondern diejenigen, welche sie duldeten.

Washington, 27. April. Sobald die bestimmte Nachricht von dem Herannahen der spanischen Kriegsschiffe eingetroffen ist, werden lt. „Daily Mail“ Meldung der Kreuzer „New-York“ und die Flaggschiffe „Jowa“ und „Indiana“, sowie die Monitore „Paritan“, „Terror“ und „Anphitrite“ von Key-West aus Havannah abberufen und nach dem Norden geschickt werden, um sich mit dem Geschwader in Hampton Road zu vereinigen. Vorkünftig sollen die Kreuzer die ganze Küste von Maine bis Florida patrouillieren.

Washington, 27. April. Nach einer Meldung des Bureau Dalziel erhielt die amerikanische Regierung von dem Insurgentenführer Gomez die Nachricht, daß 60 000 Insurgenten 30 Meilen von Havanna ständen.

Philadelphia, 25. April. Ein hiesiges Blatt weist auf die Gefahr hin, die der amerikanischen Armee dadurch entsteht, daß die Truppen nicht mit gleichmäßigen Gewehren bewaffnet sind, sondern mit alten Modellen, deren Tragweite meist hinter der der spanischen Gewehre zurückbleibt. Man glaubt hier allgemein, daß das amerikanische Heer nicht vor dem 1. Juni kampfbereit sein kann.

Havanna, 26. April. Das amerikanische Torpedoboot fuhr letzte Nacht an die Küste heran. Der Kommandant desselben ging mit einer kleinen Zahl Leute an Land, wo er sich wertvolle Informationen verschafft haben soll.

Havanna, 27. April. Marschall Blanco richtete einen Aufruf an die Truppen auf Kuba, standhaft für Spaniens Ehre einzustehen; er persönlich werde lieber sterben, als sich ergeben.

Auf Kuba stehen die Dinge nicht so günstig, wie Spanien glauben machen will. Eine Proklamation Blancos fordert zwar die Kubaner auf, die fremde Invasion mit Waffengewalt zurückzuweisen, dieselbe scheint jedoch wenig Aussicht auf Erfolg zu haben. Die „Times“ erfährt im Gegenteil aus Kuba: Die angesehensten Führer der Aufständischen in den westlichen Provinzen wollten den Waffenstillstand nur unter der Bedingung annehmen, daß die Insel binnen drei Monaten von den Spaniern geräumt und Kuba als unabhängige Republik anerkannt würde. Dies wurde der Kommission erwidert, welche vorigen Sonntag namens der spanischen Regierung zum Zweck der Herbeiführung eines Abkommens mit den Aufständischen an diese abgesandt worden war. Während der letzten vierzehn Tage haben 1500 Kubaner Havanna verlassen, um sich den Aufständischen anzuschließen. Auch aus Portorico, einer benachbarten Insel in spanischem Besitz, wird gemeldet, daß der Aufstand gegen die spanische Herrschaft ausgebrochen sei.

#### Kleinere Mitteilungen.

Öppingen, 26. April. Seit 16. d. M. ist die 16 Jahre alte bisherige Ladnerin M. Lösch von hier spurlos verschwunden. Das Mädchen hatte in Werttageliefern, ohne Kopfbedeckung und in Hausschuhen abends ihr Elternhaus verlassen.

Chingen, 26. April. (Korresp.) Vorgestern Nacht verübte der bei Mechaniker Knapp bedienstete Monteur Schwarz hier im Gasthaus zur „Post“ einen argen Erzeß. Nachdem derselbe schon den ganzen Abend mit verschiedenen Gästen gestritten hatte, fing er mit dem in vorgerückter Stunde

noch einkehrenden Kupferschmiedemeister Mayer von hier ebenfalls Streit an und verfecht demselben nach kurzem Wortwechsel mehrere Stockhiebe über den Kopf, jedoch derselbe sich alsbald in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Thäter hat sich unter Hinterlassung seiner Habseligkeiten geflüchtet.

Chingen, 27. April. Vorgestern Nachmittag wurde dem Sägmüller Billing von hier in unerhört frecher Weise eine wertvolle Taschenuhr von der Wand weggestohlen. Billing arbeitete in unmittelbarer Nähe seines Hauses. Es wird daher vermutet, daß der Dieb durch ein Fenster eingestiegen ist, um die Uhr zu holen, da er die Hausthüre nicht passiert haben kann.

Von der hohenzollernschen Grenze, 26. April. (Korresp.) In Hohenzollern macht sich in auffallender Weise ein Baumschädling bemerkbar, ein Pilz, der besonders Goldparmänen, Reinetten und Nistrachen befällt. Die Regierung empfiehlt Bespritzen mit Boreldeserbrühe und Bestäuben mit Straßensaub vor und nach der Blüte.

Rürnberg, 23. April. Der „Frank. Kur.“ meldet aus Lauf: Heute Vormittag hat hier der Inhaber der Lauser Fabrikwerke Anton Leykauf seine 18jährige Tochter, seine Frau und sodann sich selbst erschossen. Als Grund der That werden unglückliche Vermögensverhältnisse angenommen.

Hamburg, 26. April. Gestern Nachmittag explodierte im Freihafen am Dreesdener Ufer der Kessel einer Dampfwinde. Ein Heizer wurde schwer, zwei Personen leicht verletzt. Schwere Eisenteile wurden in die Luft geschleudert und fielen etwa 50 Meter von der Unfallstelle nieder.

Einem jeden Radfahrer sind wohl die Unannehmlichkeiten eines undichten Radreifens während einer Fahrt bekannt, indem man oftmals gezwungen ist abzustiegen, um wieder Luft in den Reifen nachzupumpen. Dieser große Uebelstand wird nun durch einen während der Fahrt sich selbstthätig fallenden Luftreifen für Fahrräder beseitigt, aber welche neue Erfindung uns das Intern. Patentbureau von Heimann u. Co. in Oppeln nachstehendes berichtet. In dem Luftteil des Luftreifens befindet sich ein Luftkanal, dessen eine Ende mit einem Luftventil verbunden ist, welches nach dem Innern des Luftreifens führt. Dieser Luftkanal äußert nun eine stetige Pumpenwirkung, sobald bei abnehmendem Druck sofort Luft selbstthätig nachgepumpt wird und der Reifen in einem dauernd gleichmäßig aufgepumpten Zustande erhalten bleibt. Es steht außer jedem Zweifel, daß, wenn sich diese Erfindung praktisch bewährt, dieselbe auch sofort zu einer allgemeinen Einführung gelangt. (Obgenanntes Patentbureau erteilt den geschätzten Abonnenten dieses Blattes Auskunft und Rat in Patentfachen gratis.)

#### Landwirtschaft, Handel und Verkehr.

Sicherung der Ernten. Will der Landwirt seine Ernten so viel als möglich vor dem Schaden schützen, welchen unangünstige Witterung sowie tierische Schädlinge den wachsenden Pflanzen zufügen, so muß er vor allen Dingen dafür Sorge tragen, daß sich der Boden in kräftigem Ernährungszustande befindet. Es genügt z. B. nicht, daß man nur jährlich an Phosphorsäure so viel giebt, wie durch die Ernte dem Boden entnommen wird, wenn der Acker an und für sich noch an diesem wichtigen Pflanzennährstoff Hunger leidet. Vielmehr ist es erforderlich, einen gewissen Fond daran zunächst durch reichliche Düngungen zu schaffen. Stehen den Pflanzen vom frühesten Jugendstadium an genügende Mengen an Stickstoff, Phosphorsäure und Kali zu Gebote, so vermögen sie viel schneller tierischen Schädlingen, wie Engerlingen, Drahtwürmern u. s. w. aus den Zähnen zu wachsen. Setzt wirklich ein Teil des Pflanzengestandes infolge solcher Beschädigungen ein, so wird sich der Rest infolge reichlicher, im Boden vorhandener Nährstoffmengen desto kräftiger entfalten und der Ausfall im Erntertrag nur klein sein. Kechnlich verhält es sich beim Eintritt unangünstiger Witterung. An und für sich hält große Dürre oder Nässe das Wachstum der Pflanzen auf nährstoffarmen wie auf nährstoffreichem Boden in gleicher Weise zurück; tritt aber wieder normale, dem Wachstum der Pflanze günstige Witterung ein, so werden die Pflanzen auf nährstoffarmem Boden noch lange, vielleicht bis in die Ernte hinein, an der erlittenen Wachstumsverzögerung krankeln. Das wird zum Schluß in einer Verminderung des Erntertrags zur Geltung kommen. Nährstoffreicher Boden aber befruchtet die Pflanzen, von günstiger Witterung in Bezug auf das Wachstum der Pflanzen den größtmöglichen Vorteil zu ziehen; binnen kurzer Frist kann hier das bisher im Wachstum Versäumte wieder nachgeholt werden. Zur Anreicherung des Bodens mit Phosphorsäure eignet sich in ganz hervorragendem Maße das Thomasmehl; in ihm ist die Phosphorsäure in einer leicht löslichen Form vorhanden, die vollwertig als Pflanzennährstoff in Betracht kommt. Durch den Einfluß der Bodenbakterien, wie auch durch den der Pflanzenwurzeln stehen für den Bedarf der Pflanzen bei reichlicher Thomasmehldüngung reich genügende Mengen Phosphorsäure zur Aufnahme im Boden zur Verfügung. Dabei ist jedoch ein zweifacher und kostspieliger Zusatzkonsum, wie er z. B. bei Vorhandensein größerer Mengen wasserlöslicher Phosphorsäure nachgewiesen ist, ebenso ausgeschlossen, wie ein Verlust durch Zurückgehen in eine schwerlösliche Verbindung. Bei der Anwendung von Thomasmehl ist der Landwirt stets sicher, daß, unbeeinträchtigt durch Dürre oder Nässe der Teil der Phosphorsäure, welcher durch die nächste Ernte dem Boden nicht entnommen wird, vollwertig für die nächsten Jahre im Acker zur Verfügung bleibt.

<b>6 Meter soliden Waschstoff zum Kleid für M. 1.68.</b>	6 m sol Sommerstoff z. Kleid f. M. 1.80, 6 m Sommer-Nouveauté „ „ „ M. 2.10, 6 m Loden, vorzgl. Qual., dop. br. „ „ „ M. 3.90, 6 m Alpaca Panama „ „ „ M. 4.50, Moderne Kleider- und Blausenstoffe in größter Auswahl versenden in einzelnen Metern franco ins Haus.
<b>Muster auf Verlangen franko ins Haus.</b>	Separat-Abteilung für Herrenstoffe: Stoff zum ganzen Anzug M. 3.75, Cheviot „ „ „ M. 5.85.

Redaktion, Druck und Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchhandlung (Emil Zaiser) Nagold.



